

Bericht der Landrätin auf der Kreistagssitzung am 14.09.2022

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
werte Damen und Herren Abgeordnete,
werte Gäste!

Meinen Bericht im Juni-Kreistag habe ich mit den Worten begonnen, dass wir in einer an Ereignissen und Herausforderungen reichen Zeit leben.

Seitdem ist eine Menge passiert, aber einfacher ist es nicht geworden.

Im Gegenteil:

Nach wie vor dramatisch stellt sich aus meiner Sicht die Situation für die PCK und in der Folge für Schwedt, die Uckermark, ja ganz Ostdeutschland dar.

In dreieinhalb Monaten soll nach dem Willen der Bundesregierung die Belieferung der PCK GmbH mit russischem Erdöl über die Druschba-Pipeline gestoppt werden.

Wir konnten in den zurückliegenden Wochen und Tagen über die Medien sehr viel lesen und hören.

Neben gegenseitigen Schuldvorwürfen und sehr allgemeinen Ankündigungen aber kein Wort darüber, wie es nun konkret gelingen soll, die Produktion in vollem Umfang weiterzuführen.

Ich sehe nur eine einzig mögliche Alternative:

Die Bundesregierung muss ihre freiwillige Selbstverpflichtung zurücknehmen und weiterhin die Belieferung mit russischem Rohöl akzeptieren oder über die Druschba-Pipeline müsste kasachisches Öl nach Schwedt fließen.

Alle Versuche über die Rostock–Pipeline den PCK-Betrieb aufrechtzuerhalten, würde bedeuten, dass max. 50% der Auslastung möglich wäre, was zu einem Stellenabbau führen würde und weitreichende Konsequenzen für zahlreiche Dienstleister der PCK Raffinerie, für das Sponsoring der PCK in Bereich Sport, Kultur und Vereinsarbeit, besonders aber auch die Wärmeversorgung eines großen Teils der Schwedter Wohnungen hätte.

Insbesondere auch aus Sicht der damit verbundenen Umweltbelastung kann die Belieferung mit Rohöl aus Rostock keine Alternative sein.

Gerade erst am 1.09.2022 ist ein 252 Meter langer Öltanker im Suezkanal auf Grund gelaufen und vor Gibraltar kollidierte ein Massengutfrachter mit einem Tankfrachter, wodurch sich ein Ölteppich vor Gibraltar ergoss und der Tanker abgepumpt werden musste, weil die Befürchtung bestand, dass er in zwei Teile zerbrechen würde.

Das sind innerhalb kürzester Zeit nur zwei Beispiele, die zeigen, dass eine leitungsgebundene Versorgung mit Öl und Gas der ökologisch und ökonomisch bessere Weg ist.

Ich kann nach wie vor nicht verstehen, wie man einen Betrieb, der jährlich ca. 100 Mio € in Umweltschutz und Sicherheit investiert, der 1,5 Mrd. € jährlich Energiesteuer und 500 Mio.€ Umsatzsteuer abführt, der gut bezahlte, attraktive Arbeitsplätze hat, durch eine freiwillige Selbstverpflichtung nach wie vor aufs Spiel setzt und damit die Versorgungssicherheit Brandenburgs, Berlins und Teile Polens auf Spiel setzt, nochmalige große Preissteigerungen für Benzin, Diesel, Kerosin in Kauf nimmt und die mühsam erreichte Entwicklung unserer Region unbeachtet lässt.

Weiterhin müsste unsere Region mit Kraftstoffen anderer Raffinerien versorgt werden, was zusätzlich immensen LKW-Verkehr bedeuten würde und negative Auswirkungen sowohl für die Verkehrsinfrastruktur, die Umwelt und letztlich auch auf die Preise hat.

Wir erleben gerade, was passiert, wenn das Stickstoffwerk Piesteritz ganz oder teilweise die Produktion einstellt, wenn Adblue und Ammoniak nicht mehr produziert wird, dann werden entweder die LKWs, Busse und Diesel-PKW bald nicht mehr fahren, oder die Adblue- Abgasreinigung muss vom Gesetzgeber ausgesetzt werden, was für die Umwelt fatal wäre.

Dies alles, aber auch die zunehmende Kurzarbeit, wie beispielsweise bei Leipa in Schwedt oder beim Milchhof in Prenzlau, aber auch die ersten geplanten Hotelschließungen machen mir große Sorgen.

Nicht ohne Grund haben die Handwerker der Uckermark einen offenen Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz gerichtet und die IHK hat eine Unternehmerumfrage gestartet, bei der 85 % der Unternehmen von starken bis sehr starken Auswirkungen der Sanktionen auf ihr Unternehmen sprechen und 70% der Bereiche Logistik, Baugewerbe, Industrie und Gastgewerbe von starker bis existenzbedrohender Betroffenheit sprechen.

Das sind allarmierende Zahlen!

Was mich aber ganz besonders emotional trifft, sind die zum Teil extrem steigenden Eigenanteile, die Bewohner der Pflegeheime aufbringen sollen.

Erst gestern hörte ich ein Beispiel von 1000 € monatlich, die eine Bewohnerin zusätzlich für ihre Betreuung aufbringen soll.

Menschen, die unseren Wohlstand erarbeitet haben, werden damit so sehr verunsichert, dass sie offen über einen Suizid sprechen, weil sie niemandem zur Last fallen wollen.

Das können, das dürfen wir nicht zulassen!

Aber die explosionsartig steigenden Energiepreise bedrohen nicht nur die wirtschaftliche Existenz zahlreicher Unternehmen, sondern bringen auch für viele Bürgerinnen und Bürger – insbesondere die mit kleinen oder mittleren Einkommen, aber auch viele ältere Menschen existenzielle Sorgen und Nöte.

Alle bisher bekannten Versuche der Bundesregierung, hier gegenzusteuern, erreichen bisher nicht die erhoffte Wirkung.

Von den angekündigten Milliardensummen bleibt für die Betriebe und Menschen nicht genug, um ruhig in die Zukunft schauen zu können.

Es braucht aus meiner Sicht eine Deeskalationspolitik und da bin ich dankbar zu hören, dass der Bundeskanzler mit dem russischen Präsidenten des Gesprächsfaden wieder aufgenommen hat, denn dieser Krieg muss beendet werden.

Er kostet Menschenleben, zerstört Lebensträume und verursacht unendlich viel Leid.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Zu den weiterhin andauernden Krisen, wie Corona-Pandemie - über die Sie Frau Krasemann im Anschluss an meine Ausführungen noch informieren wird - oder Afrikanische Schweinepest war auch unser Landkreis mit einem bislang nie dagewesenen Fischsterben in der Oder konfrontiert, das seinen Anfang in Polen genommen hatte.

Seitens der zuständigen Behörden in Polen gab es überhaupt keine Störfallmeldungen.

Auch keine Warnungen, dass sich eine hochtoxische Welle in der Oder Richtung Norden ausbreitet.

Den ersten Hinweis auf ein massives Fischsterben erhielt unser Umweltamt am 10. August um 11 Uhr durch den Landkreis Oder-Spree.

Zu diesem Zeitpunkt war die Welle, die sich mit ca. 3,5 Meter je Sekunde ausbreitete, nur noch 90 Kilometer von unserer Kreisgrenze entfernt, was einer Vorwarnzeit von ca. 7 bis 8 Stunden entsprach.

Das Landwirtschafts- und Umweltamt reagierte umgehend:

Nach Rücksprache mit dem Landesumweltamt wurden alle Wasserbauwerke im Poldergebiet geschlossen und gesichert, damit das kontaminierte Wasser nicht in das Poldergebiet im Nationalpark eintritt.

Alle Ämter, Behörden, Gemeinden, Tierhalter, Fischereibetriebe, touristische Unternehmen Anglervereine usw. wurden umgehend informiert und über die NINA-Warn-App und die Medien wurde auch die Bevölkerung gewarnt.

Erste Meldungen über tote Fische im Bereich Uckermark der Oder erreichten uns am 11. August gegen 10 Uhr über die Leitstelle NordOst.

Mit großer Unterstützung durch zahlreiche Betriebe und Vereine – allen voran aber vielen freiwilligen Helferinnen und Helfern sowie den Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren und des Technischen Hilfswerkes – wurden in mehreren Einsätzen insgesamt 20,4 Tonnen Fischkadaver aus der Oder geborgen und anschließend im PCK verbrannt.

Da bin ich auch sehr dankbar, dass die Absprachen zwischen unserem Amtsleiter Herrn Schubert und dem verantwortlichen Abteilungsleiter Herr Aschmoneit vom PCK so schnell und unkompliziert erfolgen konnte.

Diese Einsätze bei zum Teil 35 Grad im Schatten waren für alle Beteiligten extrem beschwerlich und unangenehm.

Ich danke allen Helferinnen und Helfern für ihre engagierte Sammlung und Abfischung der Fischkadaver.

Es war eine ganz außergewöhnliche Bereitschaft zu helfen und hat erneut gezeigt, wie sehr sich unsere Menschen hier vor Ort für unsere Region einsetzen.

Das macht mich immer wieder stolz!

Die Ursachenfindung wird sicherlich noch etwas Zeit in Anspruch nehmen und kann nur erfolgreich sein, wenn es gemeinsam mit der polnischen zu einem engen und offenen Austausch kommt.

Am vergangenen Freitag konnten wir in enger Abstimmung mit den benachbarten Landkreisen und aufgrund der Analyseergebnisse des Landesumweltamtes unsere Allgemeinverfügung aufheben.

Aber nicht nur für die Umwelt, sondern auch für die Fischereibetriebe, die Tierhalter und die touristischen Unternehmen entlang der Oder hat das Fischsterben möglicherweise langanhaltende Folgen.

Wir sind mit den Betroffenen im Gespräch und arbeiten daran, finanzielle Unterstützung für ihre wirtschaftlichen Ausfälle zu finden.

Ein weiteres wichtiges Thema, das uns im letzten Kreistag bewegt hat, ist die Kita-Rechtsreform.

Ich kann Ihnen heute mitteilen, dass wir gestern im erweiterten Vorstand des Landkreistages diskutiert und beschlossen haben, dem Vorschlag des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg zu folgen und ein Gesprächsangebot des MBSJ anzunehmen und damit einen neuen Diskussionsprozess zu eröffnen und diesen intensiv begleiten werden.

Ich glaube, das entspricht auch der Intention der Mitglieder unseres Kreistages.

Weiterhin möchte ich Sie darüber informieren, dass das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg im Rahmen der neuen EU- Förderperiode 2021-2027 erneut eine Richtlinie zur Förderung des Anschlussprogramms „Projekte Schule/Jugendhilfe 2030“ auf den Weg gebracht hat.

Gefördert werden demnach ab dem kommenden Schuljahr Schülerinnen und Schüler an Oberschulen und Gesamtschulen an 30 ausgewählten Schulstandorten im Land Brandenburg, die gravierende schulische und soziale Problemlagen aufweisen und die zur Absicherung eines erfolgreichen Schulbesuchs und zum Erwerb eines Schulabschlusses einen zusätzlichen schulischen und sozialpädagogischen Unterstützungsbedarf haben.

Die Projekte werden in gemeinsamer Verantwortung von Schule und Jugendhilfe konzipiert, umgesetzt und finanziert.

Die Finanzierung erfolgt hierbei jeweils zu einem Drittel aus Mitteln des Europäischen Sozialfond, aus Landesmitteln und aus kommunalen Mitteln.

Dementsprechend ist vorgesehen, dass sich der Landkreis Uckermark mit einem ungefähren Finanzierungsvolumen in Höhe von 225.000 EUR für drei Schulstandorte pro Projektjahr an den Gesamtkosten beteiligt.

Anhand der durch das MBSJ erarbeiteten Liste konnten sich im Landkreis Uckermark folgende Schulen für eine Förderung bewerben: die Prenzlauer Oberschule mit Grundschulteil Carl-Friedrich-Grabow; die Oberschule Templin sowie die Ehm Welk-Oberschule in Angermünde.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Kreistag hat mich beauftragt, die Einführung eines kostenlosen Schülertickets in der Uckermark zu prüfen, das ganzjährig, auch in den Ferien und an Wochenenden genutzt werden kann.

So ein Ticket bietet zahlreiche Vorteile:

Neben der Möglichkeit der sozialen Teilhabe auch in der Freizeit kann so der Individualverkehr mit PKW reduziert werden.

Allerdings müssen wir auch konstatieren, dass damit auch die Erwartungshaltungen an die Linienführungen und -taktungen wachsen werden.

Ein Problem, dem wir uns auch stellen müssen.

Aktuell laufen intensive Abstimmungen mit dem VBB bezüglich der Tarifierung im SPNV und einer damit verbundenen Einnahmeaufteilung.

Umsetzung und Finanzierung sind Bestandteil des Fördermittelantrags im Rahmen eines Modellprojekts zur Stärkung des ÖPNV des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr - das kostenfreie Schülerticket ist dabei ein Teilprojekt.

Während bei der Einführung des kostenlosen Schülertickets die Zeichen auf grün stehen, gibt es bei der Entscheidung die Bahnverbindung des RB 63 zwischen Templin und Joachimsthal weiter zu betreiben, heute im Landtag die entscheidende Abstimmung.

Ich bin gespannt auf den Ausgang.

Alle weiteren Aktivitäten, oder auch nicht, bezüglich einer Kompensation durch ein Plus-Bus-Angebot, werden sich aus der heutigen Entscheidung ergeben.

Wie ich in der damaligen Diskussion zugesagt hatte, habe ich gemeinsam mit dem Templiner Bürgermeister Detlef Tabbert ein Gespräch mit dem Infrastrukturminister um noch einmal alle Argumente auszutauschen.

Letztendlich - und das wird auch heute bei der Diskussion im Landtag den Ausschlag geben - braucht es entsprechende Millionenbeträge, um diese Strecke zu sanieren und damit dann auch sicher und attraktiv zu machen.

Und wie Sie sicherlich wissen, sind wir gerade im VBB in einem sehr intensiven Abstimmungsprozess bezüglich eines 29-Euro-Tickets, welches Berlin ab 1.10.22 einführen möchte, bzw. nach Aussage der Regierenden Bürgermeisterin Berlins, Frau Giffey auch einführen wird.

Für den Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg wird dieses unabgestimmte Vorgehen zu einer erneuten Belastungsprobe, weil die Finanzierung der Fehlbeträge auf Brandenburger Seite nicht geklärt ist und natürlich damit auch eine Erwartungshaltung für ein bundesweites Ticket ab 1.01.2023 erzeugt wird, bei dem - wie Sie alle wissen - 1,5 Milliarden Euro der Bund zur Verfügung stellt, wenn die Bundesländer gleichfalls den Betrag von 1,5 Mrd € für ein noch in der Höhe zu verhandelndes Monatsticket aufbringen sollen.

Auch da gibt es von Seiten der Bundesländer noch keine einheitlichen Aussagen.

Wir können gespannt sein.

Auch unsere Kinder und Jugendbeteiligung nimmt Fahrt auf und hatte die ersten drei, wie ich hörte, erfolgreichen Termine.

Ich möchte Sie alle schon jetzt auf den Termin am 7.11.2022 orientieren und hoffe auf eine große Beteiligung seitens der Kreistagsabgeordneten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ein immer auch intensiv diskutiertes Thema sind unsere zum Teil sanierungsbedürftigen Straßen.

Eine dieser katastrophalen Straßenabschnitte ist die Landesstraße L271 von Tantow nach Hohenreinkendorf bis zur L27.

Frau Schwanke arbeitet zusammen mit dem Land an einer Lösung, die ich Ihnen zum nächsten Kreistag vorstellen werde.

Und zu guter Letzt noch kurz ein paar Ausführungen zur ASP:

Mit Stand heute früh hatten wir in der Uckermark 93 bestätigte ASP-Fälle, bisher alle innerhalb des Schutzkorridors.

Die letzten 6 tot aufgefundenen und positiv auf ASP getesteten Fälle befanden sich im Gartzter Schrey.

Ein Verdachtsfall wurde nördlich von Gartz entdeckt.

Dort ist heute eine umfängliche Suchaktion gestartet worden und ich hoffe Sie bleibt erfolglos.

Der ASP-Ausbruch in einer uckermärkischen Stallanlage in Seelübbe führte zur Keulung von 1.058 Schweinen im Haustierbestand mit dramatischen Folgen für die Schweinemastbetriebe in der Uckermark, die trotz gesunder Tiere, keinen Schlachtbetrieb finden, der ihnen die Tiere abnimmt.

Amtstierarzt Dr. Wendlandt arbeitet mit den Landwirten gemeinsam an einer Lösung für die betroffenen Betriebe.

Erstaunlich an dem betroffenen Haustierbestand ist, dass trotz intensiver Suche auf der einen Seite keine Eintragsquelle gefunden werden konnte und dass anhand der Blutproben, die von allen getöteten Schweinen genommen worden ist, nachweislich einige wenige Tiere gesund waren, aber Antikörper hatten.

Auch da warten wir auf eine Auswertung dieser erstaunlichen Ergebnisse.

Also meine sehr geehrten Abgeordneten,

Sie hören: die ASP ist immer noch präsent und hat sich nördlich weiter ausgebreitet.

Ich möchte an dieser Stelle an alle Menschen appellieren, die sich im Bereich der Schutzzäune aufhalten, diese nicht zu zerstören und die Tore immer wieder zu schließen, nur so kann ein wirksames Ausbreiten der ASP verhindert werden.

Meine Ausführungen beenden möchte ich mit einem erfreulichen Rückblick auf denkmalpflegerische und denkmalschützerische Ereignisse in der vergangenen Woche:

Mit dem Brandenburgischen Denkmalpflegepreis wurden das Architekturbüro Eberler und die Stadt Angermünde für die Sanierung des Moschel-Mausoleums auf dem Angermünder Friedhof geehrt.

Die ehrenamtlichen Bodendenkmalpfleger aus der Uckermark haben sich ebenfalls in der vergangenen Woche zu ihrer turnusmäßigen Fachtagung getroffen und Erfahrungen ausgetauscht.

Und nicht zuletzt haben sich anlässlich des Tages des offenen Denkmals Hunderte Interessierte mit der Geschichte und den Geschichten von Kirchen, Burgen, Schlössern und vielen anderen bemerkenswerten und wertvollen Bauten vertraut gemacht.

An dieser Stelle danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Denkmalschutzbehörde und der Kreisvolkshochschule sowie den vielen Ehrenamtlichen vor Ort, die diesen Tag zu einem großen Erlebnis für die Besucher gemacht haben.

Damit möchte ich meinen Bericht beenden und übergebe zum weiterhin sehr präsenten Thema Corona an die amtierende Amtsärztin Frau Krasemann.